



<https://biz.li/2rj1>

# SCHAMBER WIRBT FÜR OTTO-WELS- PREIS FÜR DEMOKRATIE 2024

Veröffentlicht am 10.01.2024 um 10:01 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Rebecca Schamber

ruft Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 16 und 20 Jahren dazu auf, sich am Engagementswettbewerb für den diesjährigen "Otto-Wels-Preis für Demokratie 2024" zu beteiligen. Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind aufgefordert, sich mit dem Thema "Was tun wir gegen Rassismus und Antisemitismus? Was tun wir gegen Israelfeindlichkeit und Judenhass?" auseinanderzusetzen. "Wir suchen kreative Ideen, die zeigen, wie junge Menschen in ihrem Lebensumfeld Antisemitismus, Rassismus und Feindlichkeit gegenüber Juden begegnen", sagt Schamber. Die Abgeordnete ist überzeugt: "Langfristige und nachhaltige Bekämpfung von Antisemitismus ist nur durch interreligiösen und interkulturellen Austausch möglich." Mit dem Otto-Wels-Preis für Demokratie zeichnet die SPD-Bundestagsfraktion junge Menschen mit kreativen Ideen und Engagement aus, jeder Art von Antisemitismus entgegenzutreten. Der Preis soll einen Beitrag dazu leisten, dass sich junge Menschen mit Erinnerungskultur und einem friedlichen Zusammenleben in Europa beschäftigen. Teilnehmen können Jugendliche und junge Erwachsene im Alter zwischen 16 und 20 Jahren. Sie können Einzel- oder Gruppenarbeiten einreichen. Die Wettbewerbsausschreibung und das Teilnahmeformular sind unter [www.spdfraktion.de/ottowelspreis](http://www.spdfraktion.de/ottowelspreis) abrufbar. Einsendeschluss ist der 16. Februar 2024. "Die Preisträgerinnen und Preisträger laden wir zur Preisverleihung nach Berlin ein", kündigt Schamber an. Den ausgezeichneten Beiträgen winken zudem attraktive Geldpreise, die von den SPD-Bundestagsabgeordneten gestiftet werden. Die SPD-Bundestagsfraktion verleiht den "Otto-Wels-Preis für Demokratie 2024" bereits zum neunten Mal. Anliegen des Preises ist, die Erinnerungen an die Schrecken der nationalsozialistischen Herrschaft wachzuhalten und im gesellschaftlichen Bewusstsein zu verankern, dass Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und ein friedliches Zusammenleben immer wieder verteidigt und gefestigt werden müssen.